

## Die Entwicklung in verschiedenen Kontinenten

Karl-Egon Lönne

### Die Ansätze christlich-demokratischer Parteien in Deutschland, Italien und Frankreich nach 1943/45

Die Neubegründung der christlich-demokratischen Parteien ist in den drei hier im Mittelpunkt stehenden Ländern unter dem Eindruck tiefgehender Erschütterungen durch Faschismus und Nationalsozialismus zu sehen, die diese über ihre verderblichen, weltpolitisch-ethischen Wirkungen hinaus in mannigfaltiger Abstufung über zwei Jahrzehnte hin durch Gewaltandrohung und Gewaltgebrauch, aber auch durch die Verführungen eines möglichen Bündnisses mit Frontstellung gegen den politischen und weltanschaulichen Pluralismus der Moderne oder einzelne seiner Komponenten wie Liberalismus und Kommunismus bei den Katholiken der einzelnen Länder und bei der römischen Kurie auslösten.

#### *Die Vorkriegsjahre*

In Deutschland hatte die Machtokkupation des Nationalsozialismus 1933 schon nach wenigen Monaten zur erzwungenen Selbstauflösung der politischen Parteien der Katholiken, Zentrum und Bayerischer Volkspartei, geführt<sup>1</sup>. Der Abschluß des Konkordats zwischen dem Vatikan und der nationalsozialistischen Reichsregierung besiegelte einerseits den Untergang eines selbständigen politischen Katholizismus, konnte an-

dererseits aber den Eindruck und die Illusion erwecken, als sei zwischen katholischer Kirche und nationalsozialistischem Staat ein *modus vivendi* gefunden, der auch den Katholiken die Integration in den entstehenden nationalsozialistischen Staat ermögliche. Ungeachtet des Konkordats entfesselten die Nationalsozialisten jedoch in den Jahren ihrer Herrschaft einen mit wechselnden Mitteln und mit unterschiedlicher Schärfe geführten Kampf gegen Katholizismus und Kirche, der zur inneren Oppositionshaltung zahlreicher Katholiken führte. Diese wurde zwar nur in Ausnahmefällen politisch aktiv oder sogar militant, stellte aber auch in ihrer geistigen Distanzierung vom Nationalsozialismus einen wichtigen Faktor der Selbstbewahrung dar, die beim Sturz des nationalsozialistischen Regimes eine Grundvoraussetzung zu einem künftigen Beitrag der Katholiken zur politischen Neugestaltung bot.

In Italien hatte sich der Faschismus schon Mitte der zwanziger Jahre in einem längeren Prozeß ebenfalls durch die Taktik eines rohen Gewalt und opportunistische Verständigung mit dem Vatikan verbindenden Vorgehens gegen die erst kurz vorher gegründete und zu politischer Bedeutung aufgestiegene Partei der Katholiken (*Partito Popolare Italiano* – PPI) durchgesetzt<sup>2</sup>. Die Lateranverträge führten 1929 zur kirchlichen Sanktionierung des politischen Monopols der Faschisten, gaben aber andererseits den Katholiken einen Spielraum religiöser und damit verbunden organisatorischer Aktivitäten, der in späteren Jahren nur in einzelnen episodischen Zusammenstößen bedroht und eingeschränkt wurde. Im ganzen kam es zu einer Annäherung der italienischen Katholiken an den faschistischen Staat, zu der die in den Lateranverträgen im Grundsatz geregelte Abgrenzung der Einflusssphären insofern beitrug, als sie nicht nur Trennung bedeutete, sondern in manchen Bereichen auch Zusammenarbeit nahelegte<sup>3</sup>.

Durch das Fortbestehen starker katholischer Organisationen blieb jedoch führenden Kreisen der Katholiken auch die Möglichkeit erhalten, sich mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Italiens kritisch auseinanderzusetzen und die Zukunft auch über einen eventuellen Zusammenbruch des Faschismus hinaus zu reflektieren. Zentren solcher Besinnung waren die katholischen Studenten- und Akademikerorganisationen: *Federazione Universitaria Cattolica Italiana* (FUCI) und die *Laureati Cattolici*. Poli-

tische Analysen und Zielsetzungen kamen in diesem Umfeld nicht zum Zuge, man konzentrierte sich vielmehr auf die Reflexion kirchlicher Traditionen und päpstlicher Verlautbarungen, mit deren Hilfe in Vergessenheit geratene moralische Prinzipien in einem katholischen Staat zu neuer Verwirklichung gebracht werden sollten. Einen politisch ausgerichteten Antifaschismus stellte dagegen die illegale neoguelfische Bewegung dar, die mit dem Zentrum in Mailand gegen die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Faschismus opponierte<sup>4</sup>. Durch das Verbot jeglicher Führungstätigkeit innerhalb der Katholischen Aktion waren die führenden antifaschistischen Politiker des PPI lahmgelegt, aber ihnen konnte bei einem Fortfall des faschistischen Drucks eine bedeutsame Aufgabe bei einer Neugestaltung zufallen.

Die parteipolitische Tradition des Katholizismus war in Frankreich jünger und wesentlich schwächer als in Deutschland und Italien. Nach den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Trennung von Kirche und Staat unmittelbar nach dem Jahrhundertanfang führte erst die nationale Solidarität des Ersten Weltkriegs zu einer tatsächlichen Integrierung der Katholiken in die Dritte Republik<sup>5</sup>. Katholiken waren in dem ersten Nachkriegsparlament Frankreichs 1919 stark vertreten, allerdings verteilt auf verschiedene politische Parteien und Gruppen. Nach langen Vorbereitungen kam es 1924 zu einem parlamentarischen Zusammenschluß von 13 christlich-demokratischen Abgeordneten und der sich daraus entwickelnden Gründung des Parti Démocrate Populaire (PDP). Die Partei zeigte Einflüsse des PPI und ihres Initiators Don Luigi Sturzo. So war sie akonfessionell und bezog sich auf ein antiindividualistisches und organisches Bild von Staat und Gesellschaft – eine staatsphilosophische Konzeption, die durch Sturzo eine neue politische Aktualisierung erfahren hatte. Der PDP vermochte in den Wahlen von 1928 gegen 20 Abgeordnete durchzubringen, ging jedoch in den Wahlen von 1932 und 1936 wieder bis auf die Hälfte zurück. Der PDP trieb eine gemäßigte Politik mit sozialem Akzent und gehörte zu den Gegnern der kommunistischen Volksfront. Er erlangte nur eine bescheidene Bedeutung und vermochte nicht einmal alle christlichen Demokraten, geschweige denn einen wesentlichen Teil der katholischen Abgeordneten an sich zu ziehen. Im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs gewann dann eine neue politische

Gruppierung von Katholiken wachsende Bedeutung, die sich eine Sammlung der Katholiken und eine Erneuerung der Demokratie zum Ziel setzte, die *Nouvelles Equipes Françaises*.

### *In Deutschland*

In Deutschland war der Neuanfang nach 1945 aus verschiedenen Gründen besonders schwierig. Hier waren die moralischen und materiellen Verwüstungen, die der Nationalsozialismus hinterließ, besonders belastend. Den oppositionellen Kräften war es nicht möglich, sich wie in Italien auf den Zusammenbruch des Regimes länger und verhältnismäßig ungestört vorzubereiten. Nach Kriegsende wurde das Land in vier Besatzungszonen zerrissen, die eine Neubelebung politischer Kräfte bedeutend erschweren mußten. Im Bereich des politischen Katholizismus gingen die Anstöße zur Neuordnung vorwiegend von ehemaligen Angehörigen des Zentrums aus. Trotzdem kam es hier so wenig wie in Italien zu einer kritiklosen Neubelebung der Parteien der Zeit vor der Diktatur, vielmehr wurden jetzt Anregungen früherer Jahre aufgegriffen, den politischen Katholizismus zum Bestandteil einer die Konfessionen übergreifenden Sammelpartei zu machen.

Der erfolgreichste Organisationsansatz wurde in Köln gemacht<sup>6</sup>. Die Kölner Initiative war angeregt durch Diskussionen, die im benachbarten Kloster Walberberg schon gegen Ende des Krieges zwischen Dominikanern und Laien aus dem ehemaligen Zentrumslager geführt worden waren. Die starke Betonung eines christlichen Sozialismus, wie ihn die Dominikaner einbrachten, setzte sich in den Verhandlungen nicht durch. In den Kölner Leitsätzen war aber immerhin noch die Forderung nach einem «wahren christlichen Sozialismus» enthalten. Die Leitsätze artikulierten neben den politischen Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und Freiheit der Meinungsäußerung auch weitgehende soziale Zielsetzungen, indem sie eine «soziale Lohngestaltung, gerechten Güterausgleich» und eine Sozialisierung im Interesse des Allgemeinwohls anstrebten. Sie drückten weiter eine Kritik an der Großindustrie und den Willen zur Förderung des mittleren Eigentums besonders in der Landwirtschaft aus.

Mit dem Willen zur konfessionellen Zusammenarbeit war auch eine innere Spannung zwischen dem unter dem Einfluß der Dominikaner

stehenden sozialreformerischen Kreis von Katholiken und den Protestanten heraufbeschworen, die vorwiegend von weiter rechts stehenden Parteien der Weimarer Republik zur CDU stießen. Dies machte sich schon im Zusammenhang mit der Formulierung der Kölner Leitsätze in dem Einfluß eines Wuppertaler protestantischen Kreises bemerkbar, wirkte sich jedoch auch in den Erfolg von Bemühungen Konrad Adenauers aus, die sozialreformerische Richtung der sich konsolidierenden Christlich-Demokratischen Union (CDU) zugunsten eines gezügelten kapitalistischen Systems zurückzudrängen, bei denen er sich auf evangelische Kreise der Partei stützen konnte.

Die sozialreformerische Tendenz der CDU kam jedoch in dem Ahlener Programm der CDU der britischen Zone noch einmal zu starkem Ausdruck<sup>7</sup>. Nach einer ausführlichen Kritik an der industriellen Wirtschaft der Vergangenheit formulierte das Programm Grundsätze zur Schaffung einer Wirtschaftsstruktur, die im Interesse der Entfaltung des einzelnen weder durch eine «unumschränkte Herrschaft des Privatkapitalismus» noch von einem an seine Stelle tretenden «Staatskapitalismus» bestimmt werden sollte. Sie wandten sich also in gleicher Weise gegen Kapitalismus und Sozialismus und suchten statt dessen einen dritten Weg der Mitte. Durch Begrenzung von Konzernen, Kartellen und Aktienbesitz sollte der allzu großen wirtschaftlichen Machtzusammenballung entgegengetreten werden. Vergesellschaftung wurde für den Kohlebergbau und für die Eisenerzeugung gefordert. Genossenschaften, Klein- und Mittelbetriebe sollten gefördert werden. Die Stellung der Arbeitnehmer sollte durch Mitbestimmung und Recht auf Information über die Lage der Betriebe gestärkt werden. In sozialen Fragen sollte der Betriebsrat Mitspracherecht erhalten. Planung und Lenkung der Wirtschaft wurden für Notlagen akzeptiert, als Selbstzweck jedoch abgelehnt. Die gesamte Neuordnung sollte sich am Wohl des Volkes orientieren.

In der Folgezeit gewann der von Jesuiten entwickelte christliche Solidarismus eine gewisse Bedeutung für den Einfluß des politischen Katholizismus auf Programm und Praxis der CDU und ihrer bayerischen Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union (CSU)<sup>8</sup>. In der von Heinrich Pesch entworfenen und von Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning weiterentwickelten solidaristischen Konzeption, die

seinerzeit auch auf die Abfassung der Enzyklika «Quadragesimo anno» Einfluß gewonnen hatte, wurden das Gemeinwohl und seine Erfordernisse nicht so beherrschend in den Vordergrund gestellt wie in dem christlichen Sozialismus der Dominikaner. Dem Individuum und seiner Entfaltung wurde vielmehr ein breiter Raum gegeben, wenn auch durchaus seine soziale Bindung und Verpflichtung ernst genommen wurden. Der Solidarismus war flexibel genug, einerseits kapitalistische Wirtschaftsmethoden zur Entfaltung kommen zu lassen, andererseits aber Interessen des Gemeinwohls und eine gesamtgesellschaftliche Solidarität zur Geltung zu bringen. Dem staatlichen Handeln auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen wurde nur eine subsidiäre und sozial korrigierende Funktion zugebilligt. Reglementierende sozialistische und staatssozialistische Tendenzen wurden als Wegbereiter eines unheilvollen Kollektivismus abgelehnt.

In der Politik, die sich in den von Amerikanern, Engländern und Franzosen besetzten Zonen Deutschlands und dann in der Bundesrepublik durchsetzte, läßt sich ebenso wie in der inneren Entwicklung von CDU/CSU ablesen, daß die ursprünglich starken sozialreformerischen Impulse der ersten Gründungsjahre in der realen Entwicklung stark neutralisiert wurden. Die Entscheidungen fielen hier wie in Italien und Frankreich zugunsten eines neoliberalen Systems, das amerikanischer Wirtschafts- und Finanzhilfe starke Impulse verdankte, das dann aber auch eine beachtliche Eigendynamik entwickelte. Sie ermöglichte der Bundesrepublik unerwartet schnelle und große Aufbauleistungen und die Grundlegung einer erheblichen Hebung des wirtschaftlich-sozialen Niveaus, die den materiellen Bedürfnissen weitgehende Befriedigung gewährte, die strukturelle Kritik an der kapitalistischen Industriewirtschaft und ihren politisch-ideologischen Implikationen jedoch weitgehend unberücksichtigt ließ.

### *In Italien*

In Italien führte die Bedrängnis der Kriegslage und die daraus resultierende Erwartung eines Zusammenbruchs des faschistischen Regimes 1942 zur Kontaktaufnahme von Politikern des ehemaligen PPI unter sich und mit der guelfischen Bewegung, in die auch jüngere Vertreter der katholischen Studenten- und Akademikeror-

ganisationen und der katholischen Aktion miteinbezogen wurden<sup>9</sup>. Bei diesen Aktivitäten nahm Alcide De Gasperi, der die faschistische Zeit als Angestellter des Vatikans überdauert hatte, eine führende Stellung ein. Er war maßgebend beteiligt an den programmatischen Überlegungen der sich bildenden Diskussionskreise, in deren Kontext er verschiedene programmatische Erklärungen ausarbeitete.

In den «Ideen der Democrazia Cristiana (DC) zum Wiederaufbau», wie De Gasperi eines dieser Papiere überschrieb, seien die Hauptpunkte hervorgehoben<sup>10</sup>. Politische Freiheit wurde als unverzichtbare Voraussetzung der unverletzlichen Rechte der menschlichen Person und jeder bürgerlichen Freiheit angesprochen. Sie sollte in den Formen der repräsentativen Demokratie verwirklicht werden. Dem Christentum wurde volle Bewegungsfreiheit zugesichert, da durch die Erfahrung bewiesen sei, daß nur sein Geist der Brüderlichkeit vor den Katastrophen schützen könne, in die totalitäre Mythen die Völker führten. Der Familie und der Freiheit der Schule wurde der Schutz des Staates zugesagt.

Die größte gesellschaftliche Anstrengung sollte dem Ziel gelten, allen nicht nur Nahrung und Arbeit, sondern auch Zugang zu Besitz zu sichern. Die Arbeitslosigkeit sollte zum Verschwinden gebracht werden. Die Sozialversicherungen sollten ausgedehnt und ihre Verwaltung vereinfacht werden. Für die Industrie wurde die Beteiligung der Arbeiter an Ertrag, Betrieb und Kapital der Unternehmungen gefordert. Wohnungen, Bildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen sollten der Entproletarisierung der Arbeiterschaft dienen. Entsprechend der augenblicklich vorwiegenden handwerklichen und klein- und mittelbetrieblichen Struktur sollten solche Betriebe gefördert werden. Gesetze der Ethik und des öffentlichen Interesses forderten vom Staat die Beseitigung industrieller und finanzieller Konzentration, «künstlicher Schöpfungen des wirtschaftlichen Imperialismus»<sup>11</sup>. Verhinderung der Konzentration von Produktionsmitteln und Reichtümern, Zerschlagung von Monopolen oder ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht bzw. ihre Entprivatisierung zugunsten eines genossenschaftlichen Betriebs waren weitere Forderungen.

In der Landwirtschaft sollten verschiedene Maßnahmen der Bildung von Kleineigentum in der Hand der Landarbeiter oder ihrer Genossenschaften dienen. Durch eine Reform des Steuer-

wesens sollte eine bessere Verteilung des Besitzes erreicht werden, wobei die Interessen der mittleren Klassen gerechterweise berücksichtigt werden sollten. Ein ganzer Abschnitt der «Ideen zum Wiederaufbau» war der Skizzierung eines berufsständischen Systems gewidmet, das seine Zusammenfassung in einer neben das politische Parlament tretenden Vertretungskörperschaft finden sollte. In den Bemerkungen zur Außenpolitik waren Freiheit und Solidarität die Stichworte.

Mit Recht ist unterstrichen worden, was auch mit zusätzlichem Material aus De Gasperis Nachlaß belegt werden konnte, daß die Betonung der in demokratisch-parlamentarischen Formen verfaßten pluralistischen politischen Freiheit weit über das hinausging, was die in diesem Augenblick geltende Tradition der katholischen Soziallehre als Grundlage bot<sup>12</sup>. In ihr war die Demokratie eine der möglichen Formen geblieben, in denen das eigentliche Ziel staatlichen Handelns, das wohlthätige Handeln für das Volk, ermöglicht werden konnte. De Gasperi schloß seine Forderungen nach Freiheit und Demokratie historisch an die Französische Revolution an und führte sie über die katholisch-liberale Überlieferung Italiens hinweg zu einer Verbindung mit der liberalen Bewegung und nahm damit eine Entwicklung vorweg, die erst in den späteren Jahren mit einer neuen Würdigung der Menschenrechte allgemeinere Bedeutung innerhalb des Katholizismus gewinnen sollte. Auch die wirtschaftspolitischen Vorstellungen gingen über die katholische Soziallehre hinaus, indem sie konkrete Forderungen erhoben, die der infolge der Weltwirtschaftskrise verschärften Kapitalismuskritik Rechnung trugen.

De Gasperis Überlegungen über ein besonderes berufsständisches, also korporatives System, zeigen, wie sehr der berufsständische Gedanke durch die Enzyklika «Quadragesimo anno» im Denken auch der italienischen Katholiken verstärkt war, obwohl die korporativistische Praxis des faschistischen Staates dazu angetan gewesen war, die berufsständische Organisation gegenüber der Zielsetzung der politischen Freiheit und des wirtschaftlichen Ausgleichs zu diskreditieren.

Stellt man zu den programmatischen Überlegungen De Gasperis die italienische Entwicklung der Nachkriegszeit in Beziehung, so ist der große Kontrast nicht zu übersehen, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß De Gasperi wohl nur mit

einer langsamen und schrittweisen Verwirklichung seiner programmatischen Zielsetzungen rechnen konnte. Dieser Kontrast entstand, obwohl De Gasperi 1945 die Leitung der italienischen Regierung übernahm und die DC als stärkste politische Kraft bis 1953 acht Kabinetten De Gasperis ihre Hauptgrundlage gab.

Verschiedene Faktoren sind zur Erklärung dieser Divergenz zwischen Programm und tatsächlicher Verwirklichung anzuführen. Zunächst ist daran zu erinnern, daß das Programm alle Kräfte in den Dienst des Reformprogramms stellen sollte. Das Kriegsende brachte jedoch einen Tiefstand der italienischen Wirtschaftskraft, der nur durch große Hilfen Amerikas überwunden werden konnte und den erst die liberalistische Wirtschaftspolitik Luigi Einaudis und anderer in eine zunächst bescheidene Prosperität übergehen ließ. In dieser Lage erschien antimonopolistische Eingriffe in die gerade wieder im Aufbau befindliche Wirtschaft ebensowenig opportun wie ein Vorgehen gegen wirtschaftliche und finanzielle Konzentration. Nicht von ungefähr sprach De Gasperi immer wieder von der hohen Bedeutung der Produktion<sup>13</sup>. Ihre Steigerung mußte im Vollzug der praktischen Politik die Grundlage schaffen, von der jede weitere Aktionsfähigkeit der Regierung abhing.

Schließlich ist überzeugend dargetan worden, daß sich innerhalb des italienischen Katholizismus eine Dynamik zugunsten der kapitalistischen Entwicklung durchsetzte, die aus Impulsen katholischer Spiritualität zugunsten einer Bewältigung innerweltlicher Gestaltungsaufgaben hervorging<sup>14</sup>, die aber traditionell und programmatisch von der Grundlage der katholischen Soziallehre aus vorformulierte Inhalte, wie wir sie in dem Programm De Gasperis aufgegriffen haben, wie sie aber auch von Politikern aus dem Kreise um Dossetti<sup>15</sup> forciert vorgebracht wurden, nur noch als allgemeine Zukunftsperspektiven anzusehen in der Lage war.

Agrarreformen lagen in der Tradition und in der Programmatik der DC. Ihnen stand jedoch – neben der Begrenztheit der allenfalls zu mobilisierenden Mittel – entgegen, daß sich die DC nicht betont für die ländlichen Unterschichten einsetzen konnte, da sie sich als klassen- und schichtenübergreifende Partei profilieren mußte, wenn sie zu ihrem traditionellen agrarischen Anhang auch die bisher besonders eng in der Gefolgschaft des Faschismus stehenden Schichten hinzugewinnen wollte.

Das Verdienst von De Gasperis politischem Wirken liegt darin, in der prekären Situation des Sturzes des langjährigen faschistischen Regimes und des verlorenen Krieges einen breiten demokratischen Konsens hergestellt zu haben, der sowohl revolutionäre als auch reaktionäre Alternativen überflügelte. Dabei kam es allerdings nur zu sehr eingeschränkter und zögernder Verwirklichung ursprünglicher Reformanstöße.

### *In Frankreich*

In Frankreich zeigte sich das mit der deutschen Besatzung kollaborierende Vichy-Regime dem Katholizismus gegenüber entgegenkommend<sup>16</sup>. Das verhinderte jedoch nicht, daß beim Aufkommen der Résistance auch zahlreiche Katholiken, die ihre Prägung vielfach in den christlich-demokratischen Gruppen der Vorkriegszeit erhalten hatten, ihr beitraten. Der Résistance entstammten denn auch die Anstöße zur Gründung des Mouvement Républicain Populaire (MRP), die 1944 erfolgte. Die Partei entwickelte sich schnell zur dritten politischen Kraft neben der konservativen Rechten und der sozialistisch-kommunistischen Linken. Sie sammelte zunächst bis zu einem Viertel der Wählerschaft, verlor dann aber schon seit 1947 kontinuierlich an Anhang. Die Partei wollte nicht auf die Katholiken beschränkt bleiben. Tatsächlich wurde sie jedoch von engagierten Katholiken geführt und gewann auch ihre Anhängerschaft hauptsächlich unter Katholiken. Im MRP gelang in Frankreich zum ersten Mal, wenn auch nur für begrenzte Zeit, die Sammlung einer großen Partei von Katholiken, einer Partei also, wie sie sich, wenn auch mit weit stärkerer kirchlicher Bindung, in Deutschland schon seit 1870 und in Italien immerhin schon für einige Zeit in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts entwickelt hatte.

Der MRP ließ sich von Ideen der katholischen Soziallehre inspirieren, ohne sich prononciert auf sie zu berufen, da er ja bewußt über den Kreis der Katholiken hinausgreifen wollte. Er versuchte, die in Frankreich traditionelle Entgegensetzung von konservativem Katholizismus und fortschrittlichem Republikanismus zu überwinden. Er wollte eigenständiges geistiges und politisches Bewußtsein entwickeln und verbreiten und damit auf die Neugestaltung der französischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik einwirken.

Der MRP erkannte die Revolution von 1789 an und wollte sie durch Traditionen eines katholischen Personalismus ergänzen und erneuern. So sollte die individuelle Freiheit von der Politik auf die Wirtschaft und Gesellschaft ausgedehnt werden und nicht mit einer Isolierung des einzelnen innerhalb von Staat und Gesellschaft bezahlt werden. Die personale Entfaltung des einzelnen sollte durch Anerkennung und Schutz seiner Einbindung in die verschiedenen sozialen Zusammenhänge wie Familie, Gemeinde und Beruf durch den Staat gefördert werden. Person und Gemeinschaft wurden also organisch aufeinander bezogen. Die Entfaltung des einzelnen sollte nicht durch wirtschaftliche oder staatliche Ansprüche behindert oder sogar unmöglich gemacht werden. Das erforderte, die einzelnen Menschen nicht der wirtschaftlichen Ausbeutung auszuliefern, sondern ihnen auch in der modernen Industriegesellschaft durch Anteil an der Leitung der Betriebe, in denen sie tätig waren, zur Mitgestaltung zu verhelfen und sie wirtschaftlich durch gleichmäßigere Verteilung der Einkommen, geleitet von der Zielsetzung größerer sozialer Gerechtigkeit, zu stärken. Die Polarisierung zwischen reich und arm sollte also abgebaut, die wirtschaftlich schlechter Gestellten sollten aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit befreit werden. Der Mensch sollte auch in Wirtschaft und Gesellschaft als vernunftbegabtes und verantwortliches Mitglied handeln können.

Durch die personale Bestimmung des Menschen in seinen konkreten gesellschaftlichen Beziehungen sollte einerseits der liberale Individualismus überwunden werden, der dem einzelnen zwar die politische Freiheit gab, ihn aber im übrigen der gesellschaftlichen Isolierung und den Zufällen des wirtschaftlichen Erfolges oder Mißerfolges auslieferte. Andererseits sollte die personalistische Sicht des Menschen den Kollektivismus von Sozialismus und Kommunismus überwinden, der den einzelnen zum in sich belanglosen Bestandteil einer kollektiven Gesellschaft machte, in der die staatlichen Führungsbefugnisse verabsolutiert wurden, wenn auch im Hinblick auf eine irgendwann einmal zu erreichende freie Gesellschaft. Die Katholiken sollten dahin gebracht werden, die Demokratie nicht nur hinzunehmen, sondern sie durch ihren Beitrag im Sinne der christlichen Demokratie zu entwickeln.

In der Lösung konkreter wirtschaftlicher und sozialer Probleme konnte sich der MRP gegen-

über den anderen stärkeren politischen Kräften nicht durchsetzen, sondern er mußte vielfache Kompromisse eingehen, die seine eigentlichen Zielsetzungen unverwirklicht ließen. So war der MRP über viele Jahre hinweg zwar ein gesuchter und vielfach sogar unentbehrlicher Partner bei der parlamentarischen Mehrheitsfindung, aber er blieb und wurde immer mehr der Juniorpartner in Regierungen, die er in Einzelproblemen beeinflussen, kaum je aber im ganzen prägen konnte. Es entspricht dieser Entwicklung, wenn sich die französischen Katholiken schon seit den fünfziger Jahren, mehr aber noch in den sechziger und siebziger Jahren traditionsgemäß wieder auf die verschiedensten politischen Parteien verteilten und kaum noch mit einer nennenswerten geschlossenen Gruppe auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen versuchten. Wirkungslos und unwichtig wurde ihr ethisch-politischer Beitrag allerdings auch in dieser Situation nicht.

Aus der skizzenhaften Übersicht über die politische Lage der Katholiken in den drei Ländern ist abzulesen, daß sie sich aus einer Situation der Krise, teilweise gestützt auf die Tradition der christlichen Soziallehre, aber doch auch in wichtigen Punkten über sie hinauswachsend, zu vielversprechenden Reformansätzen inspirieren ließen, die durch die Herrschaft von Faschismus und Nationalsozialismus und durch deren katastrophale Auswirkungen herausgefordert waren. Die Reformansätze wurden im ganzen durch die tatsächliche Entwicklung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erfordernissen weitgehend abgeblockt. Das Bild würde allerdings erst vollständig, wenn im einzelnen verfolgt werden könnte, wie modifiziert, verzögert und auf Umwegen einzelne Reformvorstellungen dennoch ihre Wirkungen zeitigten und dazu beitrugen, in den drei betrachteten Ländern Sozialordnungen entstehen zu lassen, die für sich eine nicht unbedeutende Reihe von Positivposten aufzuweisen haben und die die Fähigkeit haben dürften, ihnen den Bedürfnissen der Zeit entsprechend weitere hinzuzufügen.

Zum gesamten Themenkomplex vgl. K. E. Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt a. M. 1986).

<sup>1</sup> R. Marsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und nationaler Erhebung 1932/33 (Stuttgart/Zürich 1977).

<sup>2</sup> G. de Rosa, Il Partito Popolare Italiano (Rom 1969).

<sup>3</sup> P. Scoppola, La proposta politica di De Gasperi (Bologna 1978).

<sup>4</sup> C. Brezzi, Movimento guelfo: F. Traniello u. G. Campanini (Hgg.), Dizionario storico del movimento cattolico in Italia 1860–1980, I, 2 (Turin 1981) 333–335.

<sup>5</sup> J. M. Mayeur, Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne, XIX<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècles (Paris 1980).

<sup>6</sup> H. G. Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945 (Düsseldorf 1953).

<sup>7</sup> O. K. Flechtheim (Hg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II (Berlin 1963) 53–58.

<sup>8</sup> R. Uertz, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949 (Stuttgart 1981).

<sup>9</sup> P. Scoppola, aaO.

<sup>10</sup> P. G. Zunino (Hg.), Scritti politici di Alcide De Gasperi (Mailand 1979) 256–263: «Idee ricostruttive della Democrazia Cristiana».

<sup>11</sup> Zunino, aaO. 259: «Creazioni artificiali dell'imperialismo economico».

<sup>12</sup> P. Scoppola, aaO.

<sup>13</sup> A. Giovagnoli, Le premesse della ricostruzione. Tradizione e modernità nella classe dirigente cattolica del dopoguerra (Mailand 1982).

<sup>14</sup> P. Pombeni, Il gruppo dossettiano e la fondazione della Democrazia Cristiana Italiana (1938–1948) (Bologna 1979).

<sup>15</sup> F. Goguel, Christian Democracy in France: Christian Democracy in Italy and France (Notre Dame Indiana 1952) 107–225; J. M. Mayeur, aaO.

<sup>16</sup> P. Barucci, La linea economico-sociale: De Gasperi e l'età del centrismo. 1947–1953. (Rom 1984) 143–161, 157 f.

## KARL-EGON LÖNNE

1933 in Wevelinghoven geboren. Studium (Geschichte, Deutsch, Latein) in Marburg, Köln, München und Neapel. Promotion 1964 bei Franz Schnabel in München zum Thema «Benedetto Croce als Kritiker seiner Zeit» (Tübingen 1967). Assistent in Saarbrücken, seit 1970 in Düsseldorf; Habilitationsschrift «Faschismus als Herausforderung» (Köln/Wien 1981; ital. Übers. Neapel 1985). Seit 1979 Professor für mittelalterliche und neue Geschichte an der Universität Düsseldorf. Weitere Veröffentlichungen: Politischer Katholizismus im 19. u. 20. Jahrhundert (Frankfurt 1986); Aufsätze zur deutschen und italienischen Geschichte in Fachzeitschriften; Vorträge u. a. in Hamburg, Bonn, Luxemburg, Paris, Salzburg, Trient und Turin; Vorlesungsreihen in Neapel am Istituto Italiano per gli Studi Storici; Mitglied deutscher und italienischer Historikervereinigungen. Anschrift: Oberstraße 37, D-4048 Grevenbroich 2.

Pablo Richard

## Der politische Zusammenschluß der Christen in Lateinamerika

Von der Christdemokratie zu einem neuen Modell

Lateinamerika ist ein mehrheitlich *armer* und *christlicher* Kontinent. Aus diesem Grund ist die Reflexion über die *politische Wirksamkeit* des Glaubens und die *politische Verantwortung* der Christen so entscheidend. In der *Vergangenheit* stellte die Christdemokratie (Democracia Cristiana = DC) in einigen Ländern und für einige Christen eine reale Möglichkeit des politischen Engagements dar. *Dann* geriet dieses Modell in eine Krise. *Heute* sind wir uns in Lateinamerika darüber im klaren, daß es inopportun und illegitim

ist, eine neue christliche Partei zu schaffen, aber es ist auch unangebracht und unwirksam, wenn man das politische Engagement der Christen der Entscheidung des einzelnen oder dem freien Spiel der politischen Kräfte überläßt. Die Christen lassen sich heute mit all ihrem Reichtum an organischer Verbundenheit mit dem Volk und an politischen Werten in das politische Projekt der Armen einbeziehen und überwinden so das Modell der «Christenheit» und der katholisch-politischen Organisation. Dieses kämpferische Engagement muß sich jedoch in einer wohlüberlegten, von den Kirchen kollektiv organisierten Form vollziehen, damit die Christen aktive und mündige Glieder ihrer christlichen Gemeinschaft bleiben und als Christen auch einen strukturierten öffentlichen Beitrag zum politischen Befreiungsprojekt der Armen leisten können.

Der vorliegende Artikel gliedert sich in drei Abschnitte. Im *ersten* Teil untersuchen wir die *politische Opportunität der Christdemokratie* in der Vergangenheit. Im *zweiten* Teil analysieren wir die Ursachen und Auswirkungen der *späteren Krise der DC*. Im *dritten* Teil, dem ausführlichsten und wichtigsten, untersuchen wir die